

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1919**

151 (31.3.1919) Mittagausgabe



# Badische Presse.

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.

Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe.

Weitaus größte Bezieherzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Eigentum und Verlag von Ferd. Ziegler & Co. ...

Anzeigen. Die Badische Grundseite 30 Wfr. ...

### Bezugs-Preise:

Abn. A ohne Anst. Beiträger	Abn. B mit Anst. Beiträger
monatlich	monatlich
1.50	1.70
1.60	1.80
1.37	1.56
1.61	1.82
10 Wfr.	

Nr. 151.

Telefon: Geschäftsstelle Nr. 86.

Karlsruhe, Montag den 31. März 1919.

Telefon: Redaktion Nr. 809.

35. Jahrgang.

## Erste ordentliche Landesversammlung der deutschen demokratischen Partei in Baden.

Karlsruhe, 31. März. Die erste ordentliche Landesversammlung der deutschen demokratischen Partei, die am gestrigen Sonntag hier tagte, gestaltete sich zu einer machtvollen Kundgebung des demokratischen Gedankens. Aus dem ganzen Lande waren Vertreter der Einzelorganisationen herbeigeeilt, um den Beratungen anzuhören und durch persönliches Eintreten den Willen der treuen Mitarbeit an dem geschlossenen Ganzen zu bekunden.

Eingeleitet wurde die Landesversammlung am Samstag nachmittag durch eine Sitzung des Engeren Ausschusses der Partei, in der die Abgeordneten Hummel und König Anträge stellten und die letzten Vorbereitungen zur Haupttagung am Sonntag getroffen wurden.

In Ehren der außerordentlich zahlreichen auswärtigen Teilnehmer der Landesversammlung, die bereits im Laufe des Nachmittags in der badischen Hauptstadt eingetroffen waren, veranstaltete der Ortsverein Karlsruhe alsdann am Samstag abend im großen Saale des Friedrichshofes einen

### Begrüßungsabend.

in dessen Mittelpunkt ein Vortrag des Freiburger Professors Dr. von Schulze-Gävernitz über Elsaß-Lothringen stand.

Der erste Vorsitzende des Karlsruher Ortsvereins, Stadtpfarrer Hessebacher, begrüßte die zahlreich erschienenen und betonte dabei besonders, daß zum ersten Male die gesamte Masse des freiheitsliebenden badischen Bürgertums sich zusammenfände. Trotz der schweren Zeit, in der wir leben, brauchen wir nicht zu verzweifeln. Noch lebe die deutsche Kraft, die deutsche Wahrhaftigkeit und die deutsche Innerlichkeit und auf diesem Fundament können wir getrost aufbauen. Deutsche Kraft und deutsche Freiheit werde das neue deutsche Reich bringen.

Alsdann hielt Professor Dr. von Schulze-Gävernitz seinen interessanten Vortrag über „Elsaß-Lothringen“ und stellte dabei zunächst die Fragen: Ist es notwendig, daß das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland stets ein solches sein muß der Verkünderung und der Niederlage? Ist es möglich, daß das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland ein solches der Ergänzung und des gegenseitigen Verständnisses werden kann? Diese Frage stellen, heißt sie bejahen, wenigstens in geistig geschichtlicher Beziehung. Die gegenseitige Verständigung zwischen diesen beiden Ländern liegt für jeden Kenner der geschichtlichen Literatur auf der Hand. Das gleiche gelte in wirtschaftlicher Hinsicht. Ein wohlhabendes Deutschland ist für den Wiederaufbau der französischen Volkswirtschaft und namentlich der französischen Landwirtschaft unentbehrlich. Eine Verständigung zwischen den beiden Staaten sei nach dem Urteil denkender Franzosen auch möglich auf dem Gebiet der hohen Politik. Redner warf dann einen Rückblick auf die Geschichte Elsaß-Lothringens seit dem Vertrag von Westphalen am 1. März 1814. Er kennzeichnete dabei die von der Berliner Regierung gemachten Fehler und legte das Verhältnis der Elsaß-Lothringischen Politik zu unserer Kriegspolitik dar. Unser politisches Ziel hätte sein müssen: der Elsaß-Lothringischen Bevölkerung Gelegenheit zu geben, freiwillig zu erklären, daß es bei Deutschland bleiben will, und zu diesem Zwecke hätte man Elsaß-Lothringen die Autonomie geben müssen. Diese Frage sei aber gescheitert infolge der militärischen Neubesetzung in Berlin. Der Stimmungsumschwung in diesem Lande sei gekommen, als die Elsäßer die Erfahrung machten, daß deutsche Militärs ihr Land als erobertes Fremdenland anfaßen; dazu kam, daß Elsaß-Lothringen das einzige deutsche Land war, das die Strapazen eines eigenen Ansehens kennen lernte. So sei es gekommen, daß nach und nach demselben Jubel aus denselben Reihen in Straßburg einzog, mit dem Deimling 1914 ausging. Das Elsaß-Lothringische Volk sei fernbegeistert. Professor von Schulze-Gävernitz forderte schließlich die Zurückziehung der französischen Besatzung und Einsetzung einer Neutralen, damit das elsfässige Volk, welches weder den französischen noch deutschen Militarismus wolle, wieder zur Ruhe käme. Elsaß-Lothringen müßte ein autonomer Staat werden.

Stadtpfarrer Hessebacher dankte dem Vortragenden für seine glänzenden Ausführungen. Der weitere, gefellige Teil des Abends verlief in froher, harmonischer Weise und befandete den festen Einheitswillen, der in der Partei herrscht.

### Die Tagung am Sonntag.

Am Sonntag vormittag 10 Uhr fanden sich dann die Vertreter der auswärtigen Parteiorganisationen mit den Karlsruher Mitgliedern in außerordentlich großer Zahl im Saale der Festhalle zur ersten ordentlichen Landesversammlung zusammen.

Der Präsident der deutsch-demokratischen Partei Badens, Professor Dr. Hummel begrüßte die erschienenen im Namen des Volksgemeinschaftsausschusses der Partei. Nicht nur aus dem Lande, sondern auch von jenseits der bad. Grenzen seien Parteifreunde herbeigeeilt, um den Verhandlungen anzuhören. Redner schlug vor, die Leitung der Verhandlungen dem Herrn Rechtsanwalt Dr. Wils, Frey-Karlsruhe als Vorsitzenden und Prof. Dr. Hausrath-Heidelberg als stellvertretenden Vorsitzenden zu übertragen, welchem Vorschlag einstimmig zugestimmt wurde.

Rechtsanwalt Dr. Frey übernahm hierauf den Vorsitz mit dem Wunsch, es möge gelingen, das durch die Tagesordnung gesteckte Arbeitsziel zu erreichen. Er widmete kurze Worte des Dankes den Millionen gesellener Brüder und jenen weiteren Millionen unserer Volksgenossen, die ihre Gesundheit und ihr Gut für Volk und Vaterland geopfert haben. Der Weg, der vor uns liege, sei dornenreich, er müsse aber überwunden werden und werde überwunden werden, wenn alle Kräfte zusammenwirken, um dem Ziele nahezukommen. Er hoffe auf einen dauernden Zusammenschluß aller liberalen und demokratischen Elemente zu einem festen Block, der aller Unbill überdauern könne. Die Hoffnung werde gestärkt durch die immer machtvoller einsetzende Jugendbewegung, die er von ganzem Herzen begrüße. So könne man vertrauensvoll in die politische Zukunft blicken; das deutsche Volk könne und werde nicht untergehen. (Leb. Beifall).

### Begrüßungsansprachen auswärtiger Vertreter.

Namens der württembergischen Demokraten begrüßte Bürgermeister Dr. Mühlberg erst Cannstatt die badischen Parteigenossen. Er stellte eine weit enger als bisher werdende Verbindung der beiden Nachbarstaaten Württemberg und Baden in Aussicht, gefördert durch gleiche politische Interessen, gefördert durch gemeinsame Arbeit auch auf wirtschaftlichem und wirtschaftlichen Gebiete.

Ein Vertreter der Pfälzer Demokraten überbrachte die Grüße des Landesauschusses der deutsch-demokratischen Partei der Pfalz. Es gebe trotz der Franzosenherrschaft Mittel und Wege, die Verbindung zwischen dem links- und dem rechtsrheinischen Deutschland auch

weiterhin aufrecht zu erhalten und den freien Meinungsaustausch zu vollziehen. Redner erzählte einige Interna über die Art und Weise, in der die Franzosen versuchten, die Pfälzer für Frankreich zu fördern; daß ihnen dies nicht gelingen werde, dafür bürge das hohe Gefühl der politischen und wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit, das die Pfälzer mit dem rechtsrheinischen Deutschland verbinde.

Herr Redakteur Dr. Bärge-Frankfurt a. M. begrüßte die Versammlung namens der Frankfurter Demokraten. Die alte Reichsstadt Frankfurt werde auch jetzt wieder die Brücke sein, die freie Bahn vom Norden nach Süden schaffen soll.

Sobald erhielt Abg. Hummel das Wort zur

### Erstattung des Parteiberichts.

Der Redner bemerkte einleitend, der beste Parteibericht, den er erstatten könne, sei diese impopuläre Versammlung und ihre Tatfache gebe dem Parteibericht die Richtung. Diese Richtung laute nach vorwärts. So könne er das, was hinter uns liege, kurz fassen. Redner schilderte die bekannnten politischen Vorgänge während der Revolution und betonte dabei, daß der 10. November 1918 der Geburtsstag der Deutsch-demokratischen Partei in Baden sei. Die beiden alten Parteien seien fast geschlossen in der neuen deutsch-demokratischen Partei aufgegangen. Am in den Rahmen der revolutionären Erscheinungen für ein. Wapen, sei auch die demokratische Partei die heute diktatorisch geführt worden. Es sei notwendig, daß man damit heute ein Ende mache und der Partei eine demokratische Verfassung gebe. Das Ergebnis der Wähler zur bad. Nationalversammlung war die Frucht einer ungeheuren Leistung der Partei; diese sei um so größer einzuschätzen, als es sich doch um eine Partei handelte, die erst vor wenigen Wochen gebildet wurde. Es sei ein ehrenvolles Zeichen für die politische Reife der Badener, daß es gelungen ist, die Nationalversammlung zusammenzutreten zu lassen und daß sie ihre Arbeiten bis heute ungehindert durchführen konnte. Weiterhin gedachte der Redner der Annahme der Verfassung, womit das Land auf die organisierte Grundlage einer gesunden Weiterentwicklung gestellt sei. Man wolle als gute Demokraten geloben, auf der Grundlage dieser Verfassung weiter zu arbeiten, dafür einzutreten, daß das badische Volk eine freiheitliche demokratische Weiterentwicklung nimm. Die Richtung der Politik, die wir in den nächsten Monaten und Jahren zu treiben haben, müsse bestimmt sein von der Tatsache, daß der revolutionäre Zustand noch nicht beendet sei.

Ferner kam Redner auf den allen Militarismus und die Einrichtung der Soldaten- und Arbeiterräte zu sprechen. Zu segnen sei der Tag, an dem der Jahrgang 99 endgültig entlassen werde. Die Tätigkeit der Soldatenräte, so wie sie bisher ausgeübt wurde, passe nicht in den Rahmen der Verfassung hinein und es bestiehe die Notwendigkeit, die Soldatenräte durch Umwidmung einzulösen in die neu geschaffene Ordnung. Ebenso sei es mit den Arbeiterräten. Auch die heutige Stellung der Arbeiterräte verträge sich nicht mit den Gedanken und den Grundzügen unserer neuen Verfassung. Auch sie müßten in entsprechender Form umgewandelt und dem Staatsganzen angegliedert werden. Ferner werde es nicht möglich sein, die Volkswirtschaft auf die Dauer beizubehalten; die öffentliche Sicherheit müsse wieder in die Hände der dafür vorhandenen oder noch zu schaffenden staatlichen Organisationen gelegt werden. Bei den Bauern machten sich neuerlich Bewegungen geltend, die in ihrer Ausdrucksform eine Gefahr für das Land bilden, doch dürfe man hoffen, daß der gesunde Grundzug, der unseren Bauern stets innewohnte, sich doch noch durchsetzen werde. Die Arbeiterbewegung sei leider mehr und mehr in eine Lohnbewegung ausgeartet. Die Höhe und die Form, in denen diese Lohnbewegung ausgetreten sei, seien revolutionäre Erscheinungen und deshalb so gefährlich, weil sie meist über die Köpfe der Führer hinweg sich abgepielt haben.

Als nächstes politisches Programm erhebe sich die Aufgabe, die sozialdemokratische Partei, die Mehrheitspartei, auf der Seite des Rechts zu halten, d. h. dafür zu sorgen, daß die Sozialdemokraten nicht nach links abwandern, sondern in der Hand ihrer heutigen einflussvollen Führer bleiben. Die einzige Garantie, die zur Erhaltung des Ganzen und zur Aufrechterhaltung der Ordnung in unserem Lande gegeben werden könne, bestiehe in einem mittleren Block sämtlicher völkergläubigen Parteien und die hohe Mission der demokratischen Partei sei in demselben Augenblick gescheitert, in dem das Bürgertum in Gruppen auseinanderfalle. In diesem Gedanken mahnte der Redner auch die Rechte zu einflussvoller Wahrung. Die neue Regierung sei noch nicht gebildet, das eine aber liege fest, daß diese Regierung nur dann wirklich arbeitsfähig und dauernd sein werde, wenn sie alle drei größeren Parteien umfasse, zwei Parteien, oder gar nur eine Partei könnten die Verantwortung alleine nimmer tragen, die der Regierung in den nächsten Monaten aufgebürdet werde.

In kurzen Worten ging der Redner alsdann noch auf die allgemeine Reichspolitik ein, die verantwortet sein müsse, auf der Notwendigkeit politischer und volkswirtschaftlicher Reformen. Was habe noch auf dem Volke laste, das sei die Zwangswirtschaft und die Kriegswirtschaft und solange man diese beiden Uebel nicht beseitige, solange werde man keine Zufriedenheit erreichen können. Die Forderungen, die die Entente an uns stellt, seien ein Produkt aus Haß und Jutrat. Nur ein gerechter Friede sei die Garantie dafür, daß nicht aus dem verhaltenen Grimm im ganzen Volke die Gefahr eines neuen Krieges erwächst. Der Völkerverbund könne nur auf der Grundlage entstehen, daß auch dem deutschen Volke Lebensraum und Lebensmöglichkeit und Bewegungsfreiheit auf dem ganzen Erdball gegeben werde, sonst wäre es ein Völkerverbund der Vergewaltigung, dem beizufügen nur Heuchelei wäre. Der innere Aufbau des Reiches werde noch viele Schwierigkeiten bereiten, er sei aber die einzige Möglichkeit unserer Selbsterhaltung.

Die von hoher Begeisterung für das Deutschstum getragenen Ausführungen schlossen mit einem stürmisch aufgenommenen dreifachen Hoch auf die deutsch-demokratische Partei im Reich und in Baden.

Alsdann erstattete Abg. König den

### Fraktionsbericht.

Der Redner widmete zunächst warme Worte der Einheit des Reiches. Baden solle ein Gliedstaat des deutschen Reiches bleiben und dieses Reich müsse in seiner Einheit erhalten bleiben; denn nur

ein einheitliches Reich könne stark genug sein, uns unsere Zukunft zu verbürgen. Man müsse entschieden Verwahrung gegen alle partikularistischen Tendenzen einlegen. In diesem Sinne habe die Fraktion zugestimmt, daß die badischen Eisenbahnen übergehen an das deutsche Reich und daß auch in steuerlicher Hinsicht ein enger Anschluß an das Reich erfolge. Die Hauptaufgabe, die der bad. Nationalversammlung erwuchs, sei die gewesen, dem badischen Lande eine Verfassung zu geben, von welcher man die Wiederkehr von Ruhe und Ordnung erhoffen könne. Die deutsch-demokratische Fraktion habe an dieser Aufgabe mit all der ihr zur Verfügung stehenden Kraft mitgearbeitet. Im Laufe der nächsten Woche würden die neuen Minister gewählt. Man werde unter den heutigen Umständen kein anderes Ministerium bilden können, als eines, in dem alle Parteien vertreten sind. Die deutsch-demokratische Partei stehe nicht zurück; entsprechend ihrer Stärke werde auch sie am Ministerium beteiligt sein.

Auf Einzelheiten der neuen Verfassung übergehend, kennzeichnete der Redner die Stellungnahme, welche die Deutsch-Demokraten zu den Einzelpunkten derselben eingenommen haben. In der Hauptsache ist diese Stellungnahme aus den Landtagsberichten bekannt. Insbesondere sei die Ausführung des Redners über das Eintreten der demokratischen Partei in der Frage der Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche und Kirche und Schule. Die Kinder dürften nicht als katholische oder als evangelische Bürger erzogen werden, sondern als gute Bürger des Staates. Gegenüber der Sozialisierung der Betriebe habe die deutsch-demokratische Fraktion schwerste Bedenken. Sie stehe in der Hauptsache heute noch auf dem Boden der Privatbetriebe, wenn auch einzelne Abweichungen davon nicht ausgeschlossen sein sollen. Die Privatbetriebe Badens seien erst, aber verfassungsmäßig nicht direkt gefährlich. Maß und Ziel müsse freilich gehalten werden in den kommenden Anordnungen, speziell hinsichtlich der Löhne, Gehalts- und Teuerungszulagen, sonst würde die Lage katastrophal. Da das Land wahlmüde sei, habe man beschließen, die derzeitige Nationalversammlung als Landtag bis zum 15. Oktober 1921 weiterbestehen lassen. Die Mehrzahl der Abgeordneten sei von dieser Verlängerung ihrer Tätigkeit nicht erbart, aber sie sei bereit, den schwierigen Umständen Rechnung zu tragen. Der Redner schloß mit der Bitte an die Parteigenossen, der Fraktion auch weiterhin ihr Vertrauen schenken zu wollen.

Es wurde sodann in die Mittagspause eingetreten. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen nachmittags 2 Uhr verlas der Vorsitzende zunächst die eingegangenen Begrüßungs-Telegramme, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden. Dann wurde in der Tagesordnung fortgefahren.

In der

### Besprechung der Referate.

des Vormittags gab Herr Krautinger-Buenos Aires in kurzen Zügen ein anschauliches Bild der Lage der Auslandsdeutschen und über das System, welches es gestattete, daß absolut unantastbare Persönlichkeiten unsere Vertretung im Auslande inne hatten. Auch heute sei dieses System leider noch nicht ganz überwunden. Das Wort „freie Bahn dem Tüchtigen“ müsse mehr in die Tat umgesetzt werden. Es sei der Vorteil des demokratischen Prinzips, daß derjenige der nichts leistet, auch keine Aussicht habe, vorwärts zu kommen.

Herr Volz-Sodenheim sprach seine Genugtuung darüber aus, daß die Revolution die Frauenfrage in so günstigem Sinne gelöst habe. Die Politik der demokratischen Partei müsse aufgebaut werden auf dem Willen des Volkes zum Aufstieg. Es müsse versucht werden, auf allen Gebieten des politischen Lebens Vertrauen zu gewinnen. Ueber das Räteproblem komme man nicht hinweg; man solle daselbe auf geschichtlicher Grundlage aufbauen, denn man brauche, besonders in wirtschaftlichen Fragen, die Mitarbeit der großen Massen. Die Ansprüche der Beamten seien voll gerechtfertigt und müßten Unterstützung der Partei finden, ebenso solle man die Sozialisierung der Betriebe nicht so ohne weiteres von der Hand weisen.

Geh. Hofrat Sickingen-Mannheim dankte den beiden Referenten, daß sie es verstanden haben, dem Gedanken der geschlossenen Einheit in der Partei so schönen Ausdruck zu geben. Sozialisiert solle nur werden, was zur Sozialisierung reif geworden sei. Das sei vor allem die Schule und er spreche als Schulmann seine Freude darüber aus, daß Baden in der neuen Verfassung hinsichtlich der Sozialisierung der Schule, wie auch hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Kirche und Schule den anderen Bundesstaaten so weit vorausgehe. Es sei endlich gelungen, die Schule so auszugestalten, daß alle darin sich wohlfühlen können. Der Bildungs-Kommunismus führe am sichersten zum Ziel. Man müsse für die Unentgeltlichkeit der Schule von unten bis oben — vom Kindergarten bis zur Hochschule — eintreten.

Herr Nathan Marx-Heidelberg betonte namens des Deutsch-Demokratischen Vereins Heidelberg, daß dieser mit der Weitertragung der Nationalversammlung als Landtag bis 1921 nicht einverstanden sei und deshalb bei der Volksabstimmung darüber mit „Nein“ stimmen werde.

Es sprachen ferner noch die Herren Seilheimer-Mannheim über die Sozialisierungsfrage und über die Frage des Zusammenschlusses der süddeutschen Staaten zu einer Republik Süddeutschland, Schulze-Heidelberg als Vertreter der demokratischen Jugend, die in der Niederlage Deutschlands nur den Durchgang zu einer schöneren Zukunft sehen wolle, Bürgermeister Kemmer-Kallat, der gegen einige Ausführungen des Vortragenden Volz-Sodenheim Stellung nahm, sowie noch mehrere andere Redner, die den politischen Tagesfragen kurze Worte widmeten.

Nach Erledigung einiger rein geschäftlicher Angelegenheiten (Einsetzung einer Kommission zur Beratung der Satzungen der Deutsch-Demokratischen Partei in Baden, Finanzfragen usw.) wurde sodann zur

### Wahl des geschäftsführenden Ausschusses.

übergegangen. Es wurden gewählt zum 1. Vorsitzenden: Prof. Hummel, zum 2. Vorsitzenden: Minister Dietrich, zum 3. Vorsitzenden: Rechtsanwalt W. Frey, zum 1. Schriftführer: Hauptlehrer Bafzang, zum 2. Schriftführer: Stadtschreiber Dr. Meiß, zum 1. Rechner: Banddirektor Hoffmann, zum 2. Rechner: Architekt Deines, zu Berichtern: Kammerversteher Ernst Frey, Präsident Geh. Rat Dr. Glöck-



ner, Minister Dr. Haas, Verbandssek. Heini, Chefredakteur Scheel-Mannheim, Frau Mayer-Panthenius und Generalsekretär Dees.

Entscheidungen

angenommen. Die erste derselben besagt: „Die Landesversammlung steht auf dem Boden des uneingeschränkten Koalitionsrechts der Eisenbahner.“

Generalsekretär Dees teilte noch mit, daß die Partei in Baden 213 Vereine mit rund 49 000 eingeschriebenen Mitgliedern zähle.

Entspannung in der Danziger Frage?

D. Berlin, 31. März. (Privattele.) Trotz der Drohungen, mit denen die Polen in den Beschlüssen die Polen in Danzig landen zu lassen beabsichtigt, scheint sie zu Verhandlungen bereit.

D. Berlin, 31. März. (Privattele.) Die „Voll. Ztg.“ entnimmt aus der Tatsache, daß aufgrund der deutschen Note verhandelt werden soll, es lasse sich zum mindesten als nicht ganz ausgeschlossen erachten, daß in der schweren Danziger Frage

Eine hürnische Protestversammlung in Berlin.

— Berlin, 31. März. Eine Massenversammlung gegen die drohende Vergewaltigung und Vorentscheidung aller deutscher Volksteile im Osten und Westen, die in Stettin abgehalten wurde, nahm einen hürnischen Verlauf.

Der demokratische Abg. Pittmann forderte zur Einigkeit auf. Als dann nach ihm der ehemalige Oberpräsident Dr. Michalek, von der Mehrheit der Versammlung mit hürnigem Beifall begrüßt, das Wort ergreifen wollte, wurde er durch minutenlangen Tumult

Goßs Antwort auf die deutsche Antwortnote.

— Berlin, 30. März. Auf die am 28. März in der Frage der Landung polnischer Truppen in Danzig ergangene Antwortnote der deutschen Regierung hat am 29. März der Marschall Goß durch seinen Vertreter in Spaa, General Rudant, folgenden Bescheid überreicht:

„Ich habe die Note am 28. März 1919 dem Marschall-Oberkommandierenden der alliierten Armeen überreicht, der diese den alliierten und assoziierten Regierungen zur Prüfung unterbreitet hat.“

Der Marschall telegraphierte nun am 29. März folgende Antwort: Ich werde persönlich in Spaa alle Auskünfte und alle verlangten Garantien einem Vertreter Deutschlands geben, der mit den Vollmachten versehen sein soll, die nötig sind, um in 33 Stunden zu entscheiden.

Das Reichsministerium hat als deutschen Bevollmächtigten den Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission, Reichsminister Erzberger, bestimmt, der am 3. April, vormittags, in Spaa für die wichtigsten Verhandlungen zur Verfügung steht und mit den nötigen Vollmachten versehen ist.

— Paris, 31. März. Reuter. General Henrys verläßt Frankreich, um in Polen den Oberbefehl über die Heere unserer Verbündeten zu übernehmen.

Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

Die Vorbereitungen für den Vorfrieden. — Paris, 30. März. Dipl. Situationsbericht: Der Generalsekretär der Friedenskonferenz Dutasta ist am Samstag nachmittag in Versailles angekommen, um die ersten Vorbereitungen für den Vorfriedenskongreß zu treffen.

Das Schicksal der deutschen Handelsflotte. — Berlin, 30. März. Nach Pariser und Londoner Meldungen sind über die deutschen Handelsbeziehungen neue Bestimmungen getroffen worden.

land ist nach einem Haager Bericht des „Vol. Anz.“ beschloßen worden: Der größte Teil der den Alliierten überlieferten deutschen Handelsflotte wird von den Alliierten als Ersatz für verlorene Handelsflotte einbehalten werden.

Was Deutschland zahlen soll.

— Haag, 31. März. „New York World“ meldet aus Paris: Der gesamte Betrag der Kriegsschuldungen, die Deutschland auferlegt werden sollen, beträgt 45,3 Milliarden Dollars (rund 180 Milliarden Mark).

Goß und der deutsche Handel mit den Neutralen.

— Berlin, 29. März. Der Oberkommandierende der Alliierten Armeen, Marschall Goß, telegraphierte am 28. März an seinen Vertreter, General Rudant in Spaa:

„In Verfolg der der deutschen Regierung bezüglich der Einfuhr von Lebensmitteln und der Ausfuhr von Waren gemäß des Brüssler Abkommens gemachten Mitteilungen wird folgendes zur Ergänzung mitgeteilt: Am Deutschland bei der Erlangung der Kredite in neutralen Ländern für den Ankauf von Lebensmitteln zu helfen und gemäß der von den Delegierten in Brüssel übernommenen Verpflichtung, diese Frage zu prüfen, teilen die assoziierten Regierungen mit, daß in keinem neutralen Lande eine Firma in Zukunft Geschäft laufen wird, aus dem Grunde auf die schwarze Liste gesetzt zu werden, weil sie

Brüssel als Sitz des Völkerbundes.

— Zürich, 30. März. (Privattele.) Die „N. Z. Ztg.“ meldet aus Genf: Wilson hat die Anfrage des Bürgermeisters von Brüssel, ob Brüssel für den Sitz des Völkerbundes in Betracht komme, in günstigem Sinne beantwortet.

Zur Stimmung in Frankreich.

— Bern, 29. März. Die Angriffe des Vorstehenden Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten in der Kammer gegen Bidon, die namens des Ausschusses unter großem Beifall aller Deputierten erfolgte, wird von der gesamten französischen Presse in Verbindung mit neuerlichen Angriffen gegen den Finanzminister Klotz dahin gedeutet, daß das Kabinett Clementeau sofort nach Friedensschluß gekürzt werden würde.

Mobilisierung Bulgariens?

— Amsterdam, 29. März. Nach dem „Allgemeinen Handelsblatt“ meldet „Daily Chronicle“ aus Paris, die serbischen Delegierten auf der Friedenskonferenz hätten die Mitteilung erhalten, daß die Bulgaren an der serbischen Grenze mobilisieren.

Aus den besetzten deutschen Gebieten.

Streik im Saarrevier. — Saarbrücken, 30. März. Die Belegschaften der staatlichen Gruben „Dudweiler“ und „Bürgerfreude“ traten am 26. März in den Ausstand.

Die Belgier bei Düsseldorf. — Düsseldorf, 29. März. Eine Abteilung von 50 Belgiern besetzten den Düsseldorfer Hafen.

— Berlin, 31. März. Bei der Bemachung der Rheinbrücke zwischen dem rechtsrheinischen Düsseldorf und dem besetzten Stadteil Oberkassel verwenden die Belgier neuerdings Kongonener. Die Schwarzen behandeln, wie die „Voll. Ztg.“ berichtet, die Passanten in unehrlicher Weise, namentlich sind die Frauen bei der Unterführung durch die Negergroßer Wälder ausgeleert.

Die Geschehnisse im Reich.

Deutscher Kabinettswechsel in Sicht? — Berlin, 31. März. (Privattele.) Die parlamentarische, politische und persönliche Niederlage, die Herr Scheidemann sowohl als Ministerpräsident wie als Parteiminister in Weimar erleiden mußte in Verbindung mit der starken Bewegung nach links, von der die großen Arbeiterzentren Deutschlands betroffen sind, haben nach Auffassung des „Vol. Anz.“ die Stellung des Kabinetts Scheidemann erheblich geschwächt.

Der Volksgesundheitsrat Däumig verhaftet. — Berlin, 31. März. Nach einer hiesigen Korrespondenzmeldung des „Berl. Tagebl.“ ist der zweite Vorsitzende des großen Berliner Volksgesundheitsrates, Däumig, am gestrigen Sonntag

Vom Schauplatz des Bolshewismus.

— Basel, 30. März. (Privattele.) Das „Ukrainische Büro“ meldet: Trotz teile die russische Armee in 2 Teile ein, die Kampfarmee, die sich an der Front befindet, und die Requisitionsarmee, die sich damit beschäftigt, sich in den Dörfern der Vorräte der Bauern zu bemächtigen.

Die Verstaatlichungen in Ungarn. — Budapest, 31. März. Aufgrund eines Erlasses des Volksgesundheitsrates für sozialistische Produktion sind sämtliche Arbeitstätigkeiten und Interessensvertretungsvereine zu lösen.

Ein Alliantatsversuch auf Karolyi. — Berlin, 31. März. Wie der „Berl. Volksanz.“ aus Wien vernimmt, verlautet dort, daß der ehemalige ungarische Ministerpräsident Graf Michael Karolyi gestern auf offener Straße tödlich angegriffen worden sei.

Die Entente und der Kampf gegen den Bolshewismus. — Paris, 30. März. Der Rat der Vier setzte seine Arbeiten in ungefähre zweimal täglich stattfindenden Konferenzen planmäßig fort.

Amsterdam, 31. März. Dem „Allgemeinen Handelsblatt“ wird aus Paris berichtet, daß die Obermilitärstellen in Frankreich, England, Amerika und Italien dem Rate der Vier in Kenntnis gesetzt haben, daß der Kampf gegen die Bolshewisten in Ungarn und Russland unversöhnlich aufgenommen werden müsse, da man ihn sonst am Rheine zu führen nöthig sei.

Frankreich.

Paul Billain freigesprochen. — Paris, 30. März. Nach mehrwöchiger Verhandlung, die zumteil lebhafteste Formen annahm, wurde Paul Billain, der Wärter des bekannten französischen Sozialistenführers Jean Jaurès, wegen Unzurechnungsfähigkeit freigesprochen.

— Berlin, 31. März. Zum Freiwerden des Mörders von Jaurès, meint das „Berl. Tagebl.“, daß die Verteidiger des Mörders besonders die antimilitaristische, deutschfreundliche Politik Jaurès angriffen.

Vermishtes.

— Bern, 29. März. Zu der von der „Agenzia Stefani“ mitgeteilten Explosion des Naphthalinampfers „Epiridione“ im Hafen von Venedig erfahren die Blätter, daß bisher über 50 Tote geborgen wurden.

— Berlin, 31. März. Reuter. General Henrys verläßt Frankreich, um in Polen den Oberbefehl über die Heere unserer Verbündeten zu übernehmen.

— Dortmund, 31. März. Im Stationsgebiet des Bahnhofes Dortmund erfolgte heute früh 2 Ubr, einer in Marosem uniform, der andere in Feldgrün. Mit vorgehaltenem Revolver wurden die beiden anwesenden Vorarbeiter von den Eindringlingen in Schach gehalten und gefesselt.

— Berlin, 31. März. Reuter. General Henrys verläßt Frankreich, um in Polen den Oberbefehl über die Heere unserer Verbündeten zu übernehmen.

— Berlin, 31. März. Reuter. General Henrys verläßt Frankreich, um in Polen den Oberbefehl über die Heere unserer Verbündeten zu übernehmen.

— Berlin, 31. März. Reuter. General Henrys verläßt Frankreich, um in Polen den Oberbefehl über die Heere unserer Verbündeten zu übernehmen.

— Berlin, 31. März. Reuter. General Henrys verläßt Frankreich, um in Polen den Oberbefehl über die Heere unserer Verbündeten zu übernehmen.

— Berlin, 31. März. Reuter. General Henrys verläßt Frankreich, um in Polen den Oberbefehl über die Heere unserer Verbündeten zu übernehmen.

— Berlin, 31. März. Reuter. General Henrys verläßt Frankreich, um in Polen den Oberbefehl über die Heere unserer Verbündeten zu übernehmen.

— Berlin, 31. März. Reuter. General Henrys verläßt Frankreich, um in Polen den Oberbefehl über die Heere unserer Verbündeten zu übernehmen.

— Berlin, 31. März. Reuter. General Henrys verläßt Frankreich, um in Polen den Oberbefehl über die Heere unserer Verbündeten zu übernehmen.

— Berlin, 31. März. Reuter. General Henrys verläßt Frankreich, um in Polen den Oberbefehl über die Heere unserer Verbündeten zu übernehmen.

— Berlin, 31. März. Reuter. General Henrys verläßt Frankreich, um in Polen den Oberbefehl über die Heere unserer Verbündeten zu übernehmen.

— Berlin, 31. März. Reuter. General Henrys verläßt Frankreich, um in Polen den Oberbefehl über die Heere unserer Verbündeten zu übernehmen.

— Berlin, 31. März. Reuter. General Henrys verläßt Frankreich, um in Polen den Oberbefehl über die Heere unserer Verbündeten zu übernehmen.

— Berlin, 31. März. Reuter. General Henrys verläßt Frankreich, um in Polen den Oberbefehl über die Heere unserer Verbündeten zu übernehmen.

— Berlin, 31. März. Reuter. General Henrys verläßt Frankreich, um in Polen den Oberbefehl über die Heere unserer Verbündeten zu übernehmen.

— Berlin, 31. März. Reuter. General Henrys verläßt Frankreich, um in Polen den Oberbefehl über die Heere unserer Verbündeten zu übernehmen.

— Berlin, 31. März. Reuter. General Henrys verläßt Frankreich, um in Polen den Oberbefehl über die Heere unserer Verbündeten zu übernehmen.

— Berlin, 31. März. Reuter. General Henrys verläßt Frankreich, um in Polen den Oberbefehl über die Heere unserer Verbündeten zu übernehmen.

— Berlin, 31. März. Reuter. General Henrys verläßt Frankreich, um in Polen den Oberbefehl über die Heere unserer Verbündeten zu übernehmen.

— Berlin, 31. März. Reuter. General Henrys verläßt Frankreich, um in Polen den Oberbefehl über die Heere unserer Verbündeten zu übernehmen.

— Berlin, 31. März. Reuter. General Henrys verläßt Frankreich, um in Polen den Oberbefehl über die Heere unserer Verbündeten zu übernehmen.

— Berlin, 31. März. Reuter. General Henrys verläßt Frankreich, um in Polen den Oberbefehl über die Heere unserer Verbündeten zu übernehmen.

— Berlin, 31. März. Reuter. General Henrys verläßt Frankreich, um in Polen den Oberbefehl über die Heere unserer Verbündeten zu übernehmen.

— Berlin, 31. März. Reuter. General Henrys verläßt Frankreich, um in Polen den Oberbefehl über die Heere unserer Verbündeten zu übernehmen.

— Berlin, 31. März. Reuter. General Henrys verläßt Frankreich, um in Polen den Oberbefehl über die Heere unserer Verbündeten zu übernehmen.

— Berlin, 31. März. Reuter. General Henrys verläßt Frankreich, um in Polen den Oberbefehl über die Heere unserer Verbündeten zu übernehmen.



Deutsche Nationalversammlung.

22. März, 20. März. Die Sitzung wurde kurz nach 10 Uhr vor-

über ersten Bericht der Abg. Seede (Soz.): Der Ausschuss nahm den Regierungsvorschlag, der die Besätze des Reichspräsidenten auf 100 000 M. vorzieht, nicht an, sondern

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs des Reichspräsidenten als Reichspräsidenten der Reichspräsidenten

Die im Spezialrat des Reichspräsidenten als Reichspräsidenten der Reichspräsidenten

In den nächsten Tagen soll ein Ultimatum der Arbeiter der städtischen Gewerkschaften

Der Stat der Reichsfinanzverwaltung wird bewilligt. Eine Entschliessung des Ausschusses auf Erhöhung der Bezüge der Beamten

Von der badischen Nationalversammlung.

1) Karlsruhe, 31. März. Die nächste öffentliche Sitzung der bad. Nationalversammlung ist auf Mittwoch, den 2. April, vorm. 9 Uhr, anberaumt.

2) Karlsruhe, 30. März. Nachdem die badische Nationalversammlung die Verfassung in zweiter Lesung angenommen hat, wurde vom Unterrichtsministerium angeordnet, daß die Volksschulen an den höheren Mädchenschulen, soweit solche bestehen, aufgeschlossen werden.

3) Karlsruhe, 29. März. Die letzten Fraktion der bad. Nationalversammlung hat beschlossen, einen Antrag einzubringen, nach welchem der 1. Mai auch in Baden zum Feiertag erhoben werden soll.

Die neue badische Regierung.

1) Karlsruhe, 31. März. Aus den Beratungen, welche in der letzten Zeit unter den Parteien über die Zusammensetzung der endgültigen badischen Regierung gepflogen wurden — die nach der jetzigen Annahme der neuen Verfassung auf Grund derselben an Stelle der bisher vorläufigen tritt — sind nunmehr die Namen der neuen Männer hervorgegangen. Sie werden von der am nächsten Mittwoch, 2. April, vorm. 9 Uhr zusammentretenden badischen Nationalversammlung bestätigt werden, nachdem inzwischen die ursprünglich in der Verfassung vorgesehene Sechszahl der Ministerien in der zweiten Lesung des Entwurfs aufgegeben und die Bestimmung über die Zahl der Minister einem besonderen Gesetz vorbehalten wurde.

Abium der Regierung (als Staatspräsident) behält Anton Geiß (Soz.), der zugleich die militärischen Angelegenheiten übernimmt, die bisher einem besonderen Ministerium unterstanden. Das Ministerium des Innern, bisher Dr. v. Haas (Dem.), wird dem 1. Vizepräsidenten der bad. Nationalversammlung und Vorsitzenden der Landeszentrale der Arbeiter- und Bauernräte Adam Kemmele (Soz.) übertragen werden.

Somit werden in dem neuen Ministerium die Sozialdemokratie drei Sitze, das Zentrum und die Demokraten je zwei Sitze erhalten.

Zudem sollen die Parteien das Recht haben, noch einige Ministerialräte in Vorschlag zu bringen; das Zentrum fordert einen Ministerialrat im Kultusministerium und im Ministerium des Innern und die Sozialdemokratie einen Ministerialrat im Finanzministerium.

Die Verhandlungen über die Behebung der einzelnen Regierungsposten waren, wie die „Mannh. Volkszt.“ hervorhebt, langwierig, weil das Zentrum als stärkste Fraktion des Landtags bis zuletzt hartnäckig darauf bestand, eines der beiden politischen Ministerien zu erhalten.

Badische Chronik.

1) Durlach, 30. März. Oberleutnant Diekmann, früher Kommandeur der Train-Abteilung 14, vor kurzem kommandiert zur Train-Inspektion mit dem Eiß in Ösnabrück, tritt erst in den Nachlauf und verläßt unsere Stadt. Er hat sich von den Offizieren, Beamten, Unteroffizieren und Mannschaften bereits verabschiedet.

2) Durlach, 31. März. Der zweite Schweinemarkt seit dem Erlöschen der Maul- und Klauenseuche war am Samstag besser besucht als der letzte, sowohl von Verkäufern als Liebhabern. Aus der weiteren Umgebung war die Zufuhr besser, da die Viehpreise in den einzelnen Ortschaften erloschen ist.

3) Mannheim, 31. März. In der Nacht zum Freitag wurde auf dem Heimgew vom Hauptbahnhof eine Diktatorin von zwei etwa 20-jährigen Burken überfallen und ihres Besitzes, Geldburses und eines Brillenringes beraubt. Die Täter entkamen.

4) Mannheim, 30. März. In dem am letzten Mittwoch von Karlsruhe hier eintreffenden Morgenpostzug wurde eine Kontrolle sämtlicher Gepäckstücke der Reisenden vorgenommen. Dabei wurden insgesamt gegen 25 Zentner Lebensmittel beschlagnahmt.

5) Heidelberg, 30. März. In den letzten Tagen beschlagnahmte die Postverwaltung 2000 Stück Eier und große Mengen Fleisch, Butter, Öl und Schnaps.

6) Heidelberg, 31. März. In der letzten Sitzung des Bürgerausschusses wurden 120 000 Mark für Kostfahndarbeiten bewilligt. Mit 20 000 Mark wurde die Verteilung der Mittelstandskasse des Arcells Mannheim beschlossen. Die Gaspreise wurden von 20 auf 35 Pfennig pro Kubikmeter erhöht. Ebenso beschloß man Erhöhungen der städtischen Schlachthausgebühren, der elektrischen Strompreise und der städtischen Volkshausgebühren. Nach dreijähriger Dauer bezog sich die Verammlung auf heute Morgen.

7) Freiburg, 31. März. Von der Vorstandssitzung des hiesigen Mietervereins war der Beschluß gefaßt worden, bei den kommenden Gemeindevahlen eine eigene Liste aufzustellen und damit in der Wahlkampf einzutreten. In einer kurzgehaltenen öffentlichen Mieterversammlung sprachen sich angelegene Vertreter der Demokratie, der Sozialdemokraten und des Zentrums gegen diese Absicht aus, worauf der Beschluß von der Verammlung glatt abgelehnt wurde. Dafür sollen Angehörige der Mietervereingung auf den Kandidatenlisten der politischen Parteien mit an erster Stelle berücksichtigt werden.

8) Freiburg, 31. März. In Anbetracht der nicht mehr zu überbietenden Wohnungsnot, erläßt der Stadtrat eine amtliche Warnung vor dem Bezug nach Freiburg. Es wird darin u. a. erklärt, daß eine Berücksichtigung Neuzugewanderter bei der städtischen Wohnungsvermittlung zurzeit vollkommen ausgeschlossen ist. Zur Kennzeichnung der herrschenden Wohnungsnot sei die Tatsache erwähnt, daß gegenwärtig 400 mittlere und kleinere Wohnungen gesucht werden, diesen Gesuchen aber kaum ein einziges Angebot gegenübersteht.

9) Stetten a. L. N., 30. März. Verhaftet wurden drei Angehörige des im Truppenübungslager a. B. untergebrachten Minenwerferbataillons, welche die Kasse des Bataillons mit 12 000 Mark gestohlen hatten. Beim Verhör der verhafteten Minenwerfer stellte es sich heraus, daß sie 9000 Mark verhehrt hatten. Dieser Betrag wurde gefunden, während die nach fehlenden 3000 Mark von einem vierten flüchtig gegangenen Soldaten entwendet worden sind.

10) Singen, 30. März. Hier wurden für etwa 50 000 Mark Schweizerstumpen beschlagnahmt und auf der Radolfzeller Bahnhofsverwaltung für ein ansehnliches Pfaun Schweizerstumpen, Postzettel und

Schokoladen in die Hände der Sicherheitsbehörde, der unterstellt nach Konstantz Luften sollten.

11) Konstanz, 31. März. Neuerdings sind zwei russische Bolschewikagenten nach der Schweiz durchgekommen; ebenso wurden verschiedene Maschinengewehre in die Schweiz geschmuggelt. Aus diesem Grunde hat der schweizerische Bundesrat eine strengere militärische Bewachung der Grenzabschnitte vom Bodensee bis Baden angeordnet.

Aus der Landeshauptstadt.

1) Ein neuer Roman, betitelt „Der Schatten“, von E. Stiefers Markhall, beginnt morgen in der „Badischen Presse“ zu erscheinen. E. Stiefers-Markhall hat durch ihre künstlerisch-feinfühligere, dabei lebhaft, frische Schreibweise und dieesselnde Art, wie sie die Handlung zu gestalten weiß, sich o großes Ansehen und so viel Freunde zu erwerben vermocht (wie in den Romanen „Mist“ und „Die Liebe der drei Kirchtürme“), daß das Erscheinen ihres neuen Wertes mit großer Genugtuung aufgenommen werden wird. Der neue Künstler, Liebes- und Eheroman handelt von dem berühmten Gelger Hans Glas, in dessen Leben ein Ereignis früherer Zeit einen Schatten wirft. Er ist außerordentlich anregend und fesselnd erzählt und wird auch den literarisch Anspruchsvollen unter unseren Lesern sicherlich große Befriedigung gewähren.

2) Das Tragen von Schusswaffen. Die Regierung hat in Ergänzung ihrer früheren Anordnungen bestimmt, daß die Erlaubnis zum Tragen von Schusswaffen nur Personen erteilt werden darf, welche diese mit Rücksicht auf ihren Beruf zu ihrer persönlichen Sicherheit bedürfen, also Verletzte, Apotheke, Inhabern von Bankgeschäften, Bankdirektoren, Zuckereisen, Kassenbeamten und Kassenbedienten. Je nach den örtlichen Verhältnissen trifft diese Voraussetzung auch zu auf Richter, Beamte der Staatsanwaltschaft, höhere Staats- und Gemeindevorwahrungsbearbeiter, auf Bewohner alleinliegender abgelegener Anwesen, endlich auch auf Mitglieder von Arbeiter-, Bauern- und Bauernvereinen, wenn diese im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung tätig sind.

3) Verwendung des Gutes Stutensee als städtische Fürsorgeerziehungsanstalt. Infolge des Abfindungsvertrags mit der Großherzoglichen Familie kann auch das bei Karlsruhe gelegene Gut Stutensee für öffentliche Zwecke Verwendung finden. Das frei, mitten in diesen gelegene Schloßgebäude und die von alten Gebäuden umgebenen Wirtschaftsbauwerke eignen sich vorzüglich für Zwecke der Jugendfürsorge. Es ist beabsichtigt, unter Benützung des Gebäudes hier eine großzügige den Anforderungen der neuen Zeit entsprechende städtische Fürsorgeerziehungsanstalt zu errichten, sobald die Verhältnisse die Umgestaltung erlauben. Zunächst werden die Räume des Schloßgebäudes dem Bezirksverein Karlsruhe für Jugendhilfe und Gefangenfürsorge überlassen, welcher in diesen sein bisher im Reichthum der Stadt betriebenes Heim für gefährdete männliche Jugendliche einrichten wird. Das neue Heim wird den Jugendlichen weit günstigere Lebensverhältnisse bieten als das bisherige, auch wird jetzt eine erheblich größere Zahl von Schülern Aufnahme finden können. Die Verlegung bringt nebenher den Vorteil, daß die Räume, die bisher dem Heim dienten, jetzt als Mietwohnungen Verwendung finden.

4) Französischer Quarantäne in Rehl für rückkehrende Elbisch-Rohrbringer. Die über Rehl zurückkehrenden Franzosen, Elbisch-Rohrbringer usw. haben in Rehl eine ständige Quarantäne durchzumachen, bevor sie nach Elbisch-Rohrbringen einreisen dürfen. Es treffen in Rehl oft ganze Familien mit ihrem Viehstand ein, die weder ernährt noch untergebracht werden können, oder es kommen Rückkehrende in Rehl an, die gleich wieder nach Deutschland zurückkehren, um die Quarantäne nicht durchzumachen zu müssen.

5) Der Verband der Beamten und Lehrervereine hat die wegen Errichtung einer Krankenkasse notwendig gewordene Stelle eines weiteren Verbandsangehörigen dem Verbandssekretär Alex. Heinz übertragen.

6) Arbeiterbildungsverein. Heute, Montag, abends 7/8 Uhr hält Herr Kaufmann Franz Weill im Hause des Vereins Wilhelmstraße 14 einen Vortrag (mit Lichtbildern): „Ernstes und Heiteres aus Alt-Karlsruhe“. Der Besuch ist unentgeltlich, Gäste sind willkommen.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

1) Freiburg i. Br., 31. März. Rektor und Senat der Albert-Ludwigs-Universität hatten auf Samstag vormittag 11 Uhr eine Gedächtnisfeier für die gestorenen Universitätsangehörigen anberaumt. Der Feier gingen verschiedene Gottesdienste voraus. Die akademische Feier fand in der Universitätskirche statt. Vollzählig waren erschienen der Senat, das Lehrkollegium und die Studenten nebst besondern Fahnen der 24 Verbindungen. Ferner waren Vertreter der städtischen, kirchlichen, militärischen und kirchlichen Behörden erschienen. Die Feier wurde eingeleitet mit dem Trauermarsch aus der Symphonie „Eroica“ von B. Beethoven, gespielt von der städtischen Kapelle unter der Leitung des Herrn Kapellmeisters Weismann. Dann sang ein Quartett vom Stadttheater den Choral „Wenn ich einmal soll scheiden“. Die Gedächtnisrede hielt Herr Geheimrat Professor Dr. Fink. Von 1808 Angehörigen der Universität, welche im Felde starben, starben 500 Studierende, 12 Lehrer und vier Mitglieder des Bedienstetenpersonals dem Heidentod. Die Überführung zu Eymont schloß die erhabene Gedächtnisfeier.

Bemerksamer Erfolg Fritz Cortolezis' als Komponist.

1) Bremen, 31. März. Die am Freitag abend im hiesigen Stadttheater erfolgte Aufführung der Operette „Nico-Nico“ des Karlsruher Operndirektors Fritz Cortolezis (den Karlsruher ist sie unter dem Titel „Um einen Kuff“ bekannt) hatte unter der persönlichen Leitung des Komponisten und mit Hellmut Neugebauer in der männlichen Hauptrolle einen großen, durchschlagenden Erfolg. Cortolezis wurde über dreißig Male gerufen und erhielt lärmische Ovationen.

Auszug aus den Ständebüchern Karlsruhe.

1) Eheaufgebot. 29. März: Sal. Augustenruther von Bärbara, Schneider hier, mit Frieda Heidenreich von Adulabach; Derbort. Emil von Groß-Waldth. Kaufmann hier, mit Ida Feil von Mannheim; Albert Köhler von hier, Hilfsarbeiter hier, mit Frieda Späth von hier; Johannes Dießinger von hier, Innens-Bühnen hier, mit Schibila Wolfinger von Kallstadt; Anton Geiß von Freinsheim, Badendirektor hier, mit Johanna Ernst Witwe von hier; Adolf Sitt von Wörzheim, Revor hier, mit Anna Rufschan Witwe von Saarbrücken; Otto Speer von Seelbach, Vereinspräsident hier, mit Katharina Blume von Immenhöf; Wilhelm Peter von Dudenheim, Fabrikarbeiter hier, mit Johanna Endres von hier.

2) Todesfälle. 28. März: Ernst Engel, ledig, Kaufmann, alt 32 Jahre; Franz Schinzel, Ehemann, Schneider, alt 55 Jahre; Engelbert Kott, Ehemann, Oberlehrer a. D., alt 63 Jahre. — 29. März: Anna Ross, alt 23 Jahre; Eberhard von Lorenz Ross, Bauer.

Luftwärme in Karlsruhe

(nach den Beobachtungen der meteorologischen Station). Am 30. März, mittags 1/3 Uhr: 1,0 Grad; nachts 1/10 Uhr: 0,2 Grad. Am 31. März, morgens 1/8 Uhr: -0,8 Grad. Höchste Temperatur am 30. März: 1,2 Grad; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -1,5 Grad. Niederschlagsmenge, gemessen am 31. März, 1/8 Uhr früh: 7,6 mm. Schneehöhe am 31. März, 1/8 Uhr früh: 3,8 cm.

Dr. med. Karl Turban und Frau Julie, verw. Kohler, geb. Rommel zeigen ihre Verlobung an. Durlach, auf dem Schloß 2. 30. März 1919.



Behauptmachung

Die Kriegsunterstützungen für die erste Hälfte des Monats April 1919 werden, soweit noch Bescheidungen zum Bezug bestanden, nach Vorlage der Nummern der Unterhaltungsanträge in folgender Weise abbezahlt:

Table with 2 columns: Day (Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag) and Amount (5500, 5501, 10501, 13501).

Die Auszahlung wird in den Geschäftsräumen des Kreisunterstützungsamts, Markt 40/42, 8. St., Zimmer Nr. 10, jeweils vormittags von 9 bis 12 Uhr mittags vorgenommen.

Kommunal-Verband Karlsruhe-Stadt Höchst- und Nichtpreife

Table with 2 columns: Item (Winterholz, Holz, etc.) and Price (20 Wg., 100, etc.).

Die Versorgung von Kranken mit Brot und Mehl betr.

Unter Veranlassung auf unsere am 30. Dezember 1918 veröffentlichte Anordnung geben wir hiermit bekannt, daß von Dienstag, dem 1. April 1919 ab an die Stelle der bisherigen, welche bisher Krankenbrot herstellte, andere Bäckereien treten.

Table with 2 columns: City (Mittstadt, Weststadt, Südweststadt, etc.) and Baker Name (Schneiders, etc.).

Pferdefleisch-Verkauf

Einbindung der Marke 1. Verkaufsstelle A, Städt. Fleischbank, Fleischhausstraße.

Als nächlich der Aufgabe meines Geschäftes spreche ich allen meinen lieben werthen Gästen, die meinen lieben verstorbenen Mann und mich während meiner 20jährigen Tätigkeit im Restaurant „zum Landsknecht“ mit ihrem Besuche beehrt haben, hiermit meinen herzlichsten Dank aus. Bismarckstr. 10, Frau M. Schleicher Wwe

Statt Karten! Else Schöllhammer Hans Krefting zeigen an als Verlobte Karlsruhe März 1919 Barmen.

Die glückliche Geburt eines kräftigen Mädels zeigen hocherfreut an. Paul Natusch u. Frau geb. Diabler, Karlsruhe, den 29. März 1919. (Hofl. Viktoria) 5408

Pianos von Feurich, Lipp, Krauss. Alleinige Niederlage im 3760 Odeon-Musikhaus Karlsruhe, Kaiserstr. 175. Telephon 339.

Wirtschaft in der Stadt, auf rentierend, ist unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Einmalige Niederlage im 3760 Odeon-Musikhaus Karlsruhe, Kaiserstr. 175. Telephon 339.

Kapitalanlage! Zwei größere Geschäftshäuser neueren Dat., in guter Lage der Stadt, sind preisw. zu verkaufen. Carl Nagel, 18 Karlsruherstr. 18 - Karlsruhe.

Achtung! Umzug, Expedition u. Lagerraum. Näheres bei Adam Wertz, Maderstr. 42, Karlsruherstr. 42.

Dienstmannruf beforat alles. Tel. 3406. Karlsruherstr. 7, 11. Bismarckstr. 27, vert.

Batterien, Zigarren, Bücherhaltung! Unterricht u. Bücherverwaltung. In jeder Preislage, detail u. en gros, gegen Kasse.

Gute Griften, Haus zu kaufen, 1-2 Familien- oder Serrhalls-Haus.

Haus zu kaufen, Möbel-Rolle, Zu kaufen gesucht.

Dackel, Resi Waldstr., Ab Mittwoch Gunnar Tolmaes, Senfriermaschine.

Revolvier-Drehbank, Anzug, Frühlings-Neujahrlicher, Poliertes Büfett.

2 Betten, Kaffeebrank, Drogen- od. Kolonialwaren-Einrichtung.

Wirtschaft, Kapitalanlage!, Achtung!, Dienstmannruf, Batterien, Zigarren, Bücherhaltung!

Reißzeug, Klavierstuhl, Cinoform, Waschkorb und Band, Motorrad.

1, Schüler-Geige, Kinderlied- od. Klapp-Sportwagen, Kinder-Fahrgewagen, Kauf od. Tauch.

1-2 Familien- oder Serrhalls-Haus, Haus zu kaufen, Möbel-Rolle, Zu kaufen gesucht.

Dackel, Resi Waldstr., Ab Mittwoch Gunnar Tolmaes, Senfriermaschine.

Revolvier-Drehbank, Anzug, Frühlings-Neujahrlicher, Poliertes Büfett.

2 Betten, Kaffeebrank, Drogen- od. Kolonialwaren-Einrichtung.

Wirtschaft, Kapitalanlage!, Achtung!, Dienstmannruf, Batterien, Zigarren, Bücherhaltung!

Reißzeug, Klavierstuhl, Cinoform, Waschkorb und Band, Motorrad.

2 große Pianos, Eintranslatives Piano, Piano.

Steinweg-Flügel, Zu verkaufen, Herd, Motorrad, Fahrrad.

2 kompl. Federbetten, Herd, Motorrad, Fahrrad.

2 Gasbadofen, Motorrad, Fahrrad.

2 Gasbadofen, Motorrad, Fahrrad.

2 Gasbadofen, Motorrad, Fahrrad.

2 Gasbadofen, Motorrad, Fahrrad.

2 Gasbadofen, Motorrad, Fahrrad.

2 Gasbadofen, Motorrad, Fahrrad.

2 Gasbadofen, Motorrad, Fahrrad.

2 Gasbadofen, Motorrad, Fahrrad.

Herren-Anzug, Herren-Anzug, Herren-Anzug.

Herren-Anzug, Herren-Anzug, Herren-Anzug.

Herren-Anzug, Herren-Anzug, Herren-Anzug.

Herren-Anzug, Herren-Anzug, Herren-Anzug.

Herren-Anzug, Herren-Anzug, Herren-Anzug.

Herren-Anzug, Herren-Anzug, Herren-Anzug.

Herren-Anzug, Herren-Anzug, Herren-Anzug.

Herren-Anzug, Herren-Anzug, Herren-Anzug.

Herren-Anzug, Herren-Anzug, Herren-Anzug.

Herren-Anzug, Herren-Anzug, Herren-Anzug.

Herren-Anzug, Herren-Anzug, Herren-Anzug.







